



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Konsumentenschutz, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1818, Fax: +43 512 5340-1849
konsument@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1041 Wien

G.-Zl.: KR-IN-2020/7915/ANOB/SB
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Dr. Andreas Oberlechner

DW: 1800

Innsbruck, 04.01.2021

Betreff: Digital Services Acts

Bezug: Zuständiger Referent: Mag. Daniela Zimmer

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol dankt für die Übermittlung des vorliegenden Gesetzesentwurfes und nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol begrüßt jegliche Bestrebungen, welche einen besseren Schutz von Verbrauchern und ihren Grundrechten im Internet zum Ziel haben. Gerade auch die Praxiserfahrungen aus der Konsumentenberatung zeigen zahlreiche Probleme des Internethandels auf, dabei vor allem die in diesem Bereich vielfach fehlende Transparenz (zB. „Ranking“), stark verbesserungsbedürftige Sanktionierbarkeit unlauterer bzw. illegaler Praktiken (etwa Probleme bei der Meldung und Beseitigung illegaler Inhalte) oder fehlende wirksame Schutzvorkehrungen für Nutzer immer wieder – zu Recht – Anlass von Beschwerden. Bei allen in diesem Bereich vorgesehenen bzw. geplanten Maßnahmen ist zu berücksichtigen, dass insbesondere große (europaweit agierende) Digitale (Online-) Dienste ihre Aktivitäten (regelmäßig zur Gewinnmaximierung) auch dazu einsetzen, auswertbare Datensätze zu erhalten, die vor allem in der (Be-)Werbung eingesetzt werden können (etwa Stichwort „Profiling“). Dies ist insbesondere dann bedenklich, wenn diese Datensätze aufgrund höchst intransparenter bzw. für einen einzelnen Verbraucher unüberschaubaren (AGB-)Regelungen regelmäßig ohne konkrete Kenntnis, jedenfalls aber ohne konkrete Zustimmung der betroffenen Verbraucher für weiterführende Aktivitäten genutzt werden. Jedenfalls sind ein konkreter und für alle (Online-)Anbieter geltender – möglichst klarer – Rechtsrahmen sowie konkrete effektive Sanktionierungsmöglichkeiten zu schaffen. Weiters sind die Installierung bzw. Stärkung entsprechender Aufsichtsbehörden vorzusehen, welche eine effektive Überwachung und (Rechts-)Durchsetzung sicherstellen können. Die genannten zu fordernden Umsetzungen sind den Verbrauchern möglichst einfach und verständlich zur Kenntnis zu bringen, damit entsprechende Rechtssicherheit auch in diesem Bereich geschaffen werden kann. Dies mit dem Ziel eines fairen und möglichst

ausgewogenen Binnenmarktes mit echtem Wettbewerb. Im Übrigen wird der vorliegende Entwurf zur Kenntnis genommen.

Um Berücksichtigung der Stellungnahme wird ersucht.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner